Antrag A09: Kinder und Jugendliche dürfen nicht die Zeche für Kürzungen zahlen - Gute Bildung, Mobilität, Kultur und Sport statt Kürzungen!

Antragsteller*in:	LAG Bildung und Schule, Kreisverband Oberhavel
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke Brandenburg stellt sich gegen Kürzungen und Kostenverlagerungen, die Kinder, Jugendliche und Familien treffen.

Angesichts der angespannten Haushaltslage in Land, Landkreisen und Kommunen drohen weitere Verschlechterungen bei der Kindertagesbetreuung, der Schulbildung, der Schülerbeförderung, der kulturellen Bildung und der Sportförderung. Das darf nicht zur Normalität werden.

Kinder und Jugendliche sind nicht für Haushaltsprobleme verantwortlich und dürfen nicht zur Sparmasse gemacht werden. Öffentliche Daseinsvorsorge muss gerade dort gesichert werden, wo Familien auf sie angewiesen sind.

Der Landesparteitag fordert:

1. Frühkindliche Bildung ist die Grundlage für den weiteren Bildungsweg eines Kindes!

- Die geplante Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Krippen auf 1:4 muss umgesetzt werden.
- Sinkende Kinderzahlen dürfen nicht zu Entlassungen und Stundenkürzungen bei Erzieher*innen führen, qualifizierte Erzieher*innen müssen im System gehalten werden.
- Die Finanzierung bedarfsgerechter und längerer Betreuungszeiten muss dauerhaft gesichert werden.
- Das Kita-Finanzierungsneuordnungsgesetz muss grundlegend nachgebessert werden. Die geplante Neuregelung zum Anstieg des Mittagessengeldes von jetzt ca. 2 auf bis zu 10 Euro je Mittagessen ist für Familien eine Zumutung.
- Ein neues Kitagesetz, welches rechtssicher, transparent ist und den neuen Herausforderungen in Brandenburg gerecht wird, muss endlich umgesetzt werden.
- Die beitragsfreie Kindertagesbetreuung muss erhalten und weiter ausgebaut werden.

2. Bildung darf nicht kaputtgespart werden! Gute Bildung ist kein Sparposten, sondern ein Grundrecht.

- Das Land muss den Fachkräftemangel endlich wirksam bekämpfen, ausreichend Personal einstellen, Schulen dauerhaft finanziell gesichert ausstatten. Lehrkräfte, zusätzliches pädagogisches Personal, starke Schulsozialarbeit, Schulgesundheitsfachkräfte- multiprofessionelle Teams- an den Schulen sind die Grundlage für verlässlichen Unterricht, kleinere Lerngruppen, individuelle Förderung und zugleich Grundlage, um Schule als Lern- und Lebensort zu gestalten. Die Landesregierung hat endlich Konzepte für die Gestaltung des Ganztages, des längeren gemeinsamen Lernens- hin zu einer wirklichen Bildungsgerechtigkeit vorzulegen!

3. Bildung darf nicht vom Wohnort und vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Kostenfreie Schülerbeförderung muss gesichert bzw. ausgebaut werden.

- Das Land muss gemeinsam mit den Landkreisen sicherstellen, dass Schüler*innen und Schüler ihren Schul- und Ausbildungsort unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Familien erreichen können.

4. Musikalische Bildung muss für alle Kinder und Jugendlichen bezahlbar bleiben.

- Erhöhungen von Musikschulgebühren aufgrund kommunaler Haushaltsprobleme dürfen nicht dazu führen, dass Kinder aus einkommensarmen Familien vom Musikunterricht ausgeschlossen werden.
- Das Land muss die Musikschulen ausreichend finanzieren und gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass Gebühren sozialverträglich bleiben.

5. Sportförderung darf nicht vom kommunalen Kassenstand abhängen.

- Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheit, sozialen Teilhabe und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Gerade in finanzschwachen Landkreisen muss das Land verhindern, dass Sportförderung, Vereinszuschüsse oder Angebote für Kinder und Jugendliche dem Rotstift zum Opfer fallen. Das Land muss gemeinsam mit den Kommunen eine verlässliche Mindestförderung sicherstellen.

6. Finanzschwache Kommunen und Landkreise müssen

ausreichend finanziert werden.

- Landkreise und Kommunen dürfen nicht vor die Entscheidung gestellt werden, entweder ihre Haushalte zu sanieren oder notwendige Angebote für Kinder und Jugendliche aufrechtzuerhalten. Das Land muss für eine auskömmliche kommunale Finanzierung sorgen. Wer Aufgaben bestellt, muss auch für deren Finanzierung sorgen.

7. Kinder und Jugendliche müssen bei Haushaltsentscheidungen besonders geschützt werden.

- Bei landes- und kommunalpolitischen Haushaltsentscheidungen ist künftig verbindlich zu prüfen, welche Auswirkungen geplante Kürzungen und Gebührensteigerungen auf Kinder, Jugendliche und Familien haben.
- Angebote der Bildung, Betreuung, Mobilität, Kultur, Jugendhilfe und des Sports dürfen nicht als einfache Kürzungsmasse behandelt werden.

8. Das Land muss die geplanten massive Einsparungen zulasten von Kindern, Jugendlichen und Familien durch die geplanten Änderungen des SGB VIII auf Bundesebene verhindern!

Die Landesregierung Brandenburg muss sich gegen die geplanten Änderungen des SGB VIII auf Bundesebene einsetzen. Diese könnten ab 2028 zu erheblichen Einsparungen in der Kinder- und Jugendhilfe führen – zulasten von Kindern, Jugendlichen und Familien.

Kritisch sind insbesondere drei Vorhaben:

a. Inklusive Kinder- und Jugendhilfe: Die geplante „Große Lösung“ soll nicht wie vorgesehen ab 2028 umgesetzt werden. Dadurch bleiben Zuständigkeitskonflikte und Ungleichbehandlungen für junge Menschen mit Behinderungen bestehen.

b. Erschwerter Zugang zu Hilfen zur Erziehung: Familien mit komplexem Unterstützungsbedarf sollen zunächst auf allgemeine Angebote wie Kita, Schulsozialarbeit oder Beratungsstellen verwiesen Diese sind für solche Bedarfe häufig nicht ausreichend ausgestattet.

c. Weniger individuelle Assistenz: Individuelle Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen zugunsten einer allgemeinen „Bildungsassistenz“ zurückgedrängt werden. Dabei bleibt offen, wie diese ausgestaltet und finanziert werden soll.

Begründung

An Kindern und Jugendlichen zu sparen, ist keine nachhaltige Haushaltspolitik. Brandenburg steht vor schwierigen finanziellen Herausforderungen. Diese dürfen jedoch nicht dazu führen, dass ausgerechnet bei denjenigen gespart wird, die am wenigsten Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen haben.

Die Linke Brandenburg steht für eine Politik, die Kinder und Jugendliche nicht als Kostenfaktor betrachtet, sondern als Teil der Zukunft des Landes.

Ein gutes Mittagessen ist keine Luxusleistung.

Eine gute Kita und gute Schule ist keine Luxusleistung. Schülerbeförderung ist keine Luxusleistung.

Musikunterricht ist keine Luxusleistung. Sport ist keine Luxusleistung.

All diese Angebote ermöglichen Bildung, soziale Teilhabe, Gesundheit und persönliche Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen im Land Brandenburg.

Deshalb muss gelten:

Nicht bei Kindern und Jugendlichen sparen, sondern ihre Zukunft sichern!